

Volkzeitung

für die Kreise Bries, Ohlau, Strehlen, Münsterberg, Rimpfsh

Anzeigenpreis: 2 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schloßberg 1.50 M., Eisenachstraße, Familienanzeigen, Geschäftsleute, Vereine, Verwaltungen und Wohnungsanzeigen 0.20 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11 Uhr (2 Tage vorher) in der Expedition abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Geschäftsstelle: Bries, Zollstraße 9 bei Vogt.

Bezugspreis: Die „Volkzeitung“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Bries, Zollstraße und durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Wochenpreis 1.20 M., monatlich 6.00 M., vierteljährlich 14.30 M. (einschl. Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 14.30 M. (ohne Postgebühren), frei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 14.30 M.

Demonstrationspolitik gegen das Diktat?

Rein bürgerliche Reichsregierung?

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Das Reichsministerium ist auch in keine Nachsichtung vom Freitag zu keinen Beschlüssen gelangt. Es wird am Sonnabend nachmittags seine Beratungen fortsetzen und dann vermutlich zu Entscheidungen über seine weiteren Schritte kommen. Der „Vorwärts“ beurteilt in einem Leitartikel von Sonnabend morgen die Lage ziemlich pessimistisch. Zu den Beschlüssen der Deutschen Volkspartei, die die oberösterreichische Entscheidung ablehnen, sagt der „Vorwärts“: Der ganze Reichstag, einschließlich der Sozialdemokraten, könne diesem weisen Beschlüsse der Volkspartei zustimmen — wenn der Reichstag überhaupt zu entscheiden hätte, ob die Entscheidung des Völkerbundes über Oberösterreich gelten soll oder nicht. Es liege aber ein Diktat vor und die Frage sei, ob man sich dem Zwange beugen, ob man Widerstand leisten oder ob man zu verhandeln versuchen soll, um sich dann zwischen Unterwerfung und Widerstand zu entscheiden. Das ist die Frage, der „Vorwärts“ glaubt, es wache die Wahrscheinlichkeit, daß schließlich anstelle des Kabinetts Wirth eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, in der dann naturgemäß den Reichsparteien die Führung zufallen muß. Die sozialdemokratische Reichsregierung, die jetzt mit dem Parteiausdruck gemeinsam berät, ist bereit, jeden ernstlichen Vorschlag, der ihr gemacht wird, ernstlich zu prüfen, aber es läßt sich nicht vorhersehen, daß ihr Optimismus in dieser Beziehung stark begrenzt ist und sie einen Vorschlag, der Deutschland einen Ausweg aus seiner furchtbaren Lage zeigt, nicht kennt. Besteht aber nicht die Möglichkeit, einen solchen Ausweg zu finden, was bleibt dann übrig? Protestaktionen können in die Zukunft wirken, aber sie können an den harten Tatsachen der Gegenwart nichts ändern.

Wir haben gestern an dieser Stelle, in einem gewissen Gegensatz zu anderen Blättern unserer Partei, den Standpunkt eingenommen, daß nach der Entscheidung über Oberösterreich für unsere Partei eigentlich nicht sehr viel Beweggründe mehr bestehen, in der Reichsregierung zu bleiben. Der Raum für eine eigene deutsche Außenpolitik ist nach diesem Diktat so enge geworden, daß jede Regung und Entscheidung beinahe zwangsläufig wird und es nicht sehr mehr darauf ankommt, ob ein Sozialdemokrat oder irgend ein Bürgerlicher sie zu fassen hat. Haben wir uns da nicht für einen Zeitpunkt unserer besonderen Leistungsmöglichkeiten zurückzuhalten?

Wenn jetzt die Deutsche Volkspartei einen Entschluß faßt, das Diktat „abzulehnen“, und Herr Dr. Herschel das Zentrum in gleichem Sinne zu beeinflussen sucht, so hat das so wenig politische Bedeutung, daß wir keinen Anlaß haben, den Herren die Freude an solchen Gesten zu hören. Die Frage, ob wir annehmen oder ablehnen, ist uns, wie hier gestern dargelegt wurde, obgleich wir ein Recht darauf haben, nicht gestellt worden. Wir werden zur Durchführung der nicht rechtsverbindlichen Teile der Entscheidung einfach gezwungen, und bekommen keinen Berufungstermin bewilligt. Wenn Volksparteiler und Herschelmänner diese traurige Zwangslage noch nicht sehen wollen, so haben wir nur ein Interesse daran, daß sie einmal probieren dürfen, was mit einer leeren Demonstration gegen diesen Zwang zu erreichen ist. Die Rede des oberösterreichischen Großindustriellen Williger klang bereits ganz anders. Großindustrie und Großhandel werden, wenn man ihnen die Verantwortung für ihre Haltung zuschiebt, sich innerhalb zweier Tage auch in Berlin sicherlich ganz verständigungsbereit zeigen, da ihre Interessen sie dazu zwingen.

Die Folgen eines Regierungswechsels für die Wiederherstellungspolitik und für Steuer- und Wirtschaftspolitik bedürfen natürlich einer sehr sorgfältigen Prüfung. Dabei steht aber eines fest: Sobald die Gegenläufe in der heutigen Koalition in den großen politischen Fragen so stark sind, daß sie die Aktivität der Regierung hemmen, wie das heute schon manchmal der Fall zu sein scheint, entfallen alle Vorteile, die die gegenwärtige Koalition dem Volke bietet.

Die U. S. P. wünscht Verbleiben des Kabinetts Wirth.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Reichsregierung der U.S.P. hat zu der Entscheidung des Obersten Rates über Oberösterreich und der hierdurch geschaffenen Situation Stellung genommen. Nach der „Freiheit“ ist die unabhängige Fraktion der Ansicht, daß diese Entscheidung

hintritt Wirth kann nach Ansicht der Fraktion die Schuld der für Deutschland ungunstigen Frage des oberösterreichischen Problems nicht zugeschoben werden. Die Fraktion ist des weiteren der Auffassung, daß ein Wechsel in der auswärtigen Politik die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen würde und protestiert auf das schärfste gegen die Verträge, unter Ausschaltung des Reichstages einen Kabinetts- und Personenwechsel herbeizuführen, in dem unter den gegebenen Verhältnissen keine Veranlassung vorliegt.

Eine Rede Briands.

Zur oberösterreichischen Frage jagte Briand in einer längeren Kammerrede: Jetzt ist man zu einem Ergebnis gekommen. Das Arsenal in Oberösterreich kann Deutschland nicht mehr dienstbar gemacht werden. Die Regierung des Reiches hat sich nicht mehr den ausrichtigen Wunsch, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Unter den Gegnern des Dr. Wirth befindet sich die große Finanzelite und die Großindustriellen. Sie führten ihre Waren und ihre Kapitalien aus, kauften Fabriken und Zentren im Ausland und bereiteten den Bankrott Deutschlands vor. Man müsse Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen erleichtern. Briand kam sodann auf das Saargebiet und die Rheinlande zu sprechen und führte aus: Vom Rheinland ist es ein Irrtum, zu glauben, daß die Bevölkerung ihr Vaterland verlassen wolle; aber wenn man dahin gelangen könnte, daß die Rheinlande nicht mehr von Breußen regiert würden, hätte man schon ein großes Ergebnis erzielt. (Diese inneweulische Frage geht Briand gar nichts an!) Er sprach dann über die Konferenz in Washington, auf der Frankreich seinen Standpunkt erklärte. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet allein besetzt hätte, so wäre eine Lage herbeigeführt worden, die dem Kriege nahe käme. Wenn aber die Regierung Wirth gestützt worden wäre und die Gegner, die aus Ruher gekommen wären, erklärt hätten, sie wollten den Friedensvertrag von Versailles nicht mehr anerkennen, dann hätte Frankreich mit allen seinen Alliierten vorgehen können. Er hoffe, daß es niemals zu diesem Außersten werde schreiten müssen.

Einzelheiten der Wirtschaftsbestimmungen.

Aus dem Wortlaut der Entscheidung des Völkerbundes ist nach folgendem hervorzuheben:

Die im Abtittlungsgebiet geltenden Bestimmungen, insbesondere auf dem Gebiete des Bergbaus, der Industrie oder des Handels oder auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung bestehenden Vorschriften einschließlich der Ueberwachungsmaßnahmen, bleiben in dem an Polen fallenden Teil des Abtittlungsgebietes in Kraft, bis Polen auf diesem Gebiete Bestimmungen erlassen hat, die in seinem ganzen Lande zur Anwendung kommen und die an Stelle der bestehenden Vorschriften treten können. Hierbei versteht sich jedoch, daß Polen das Recht haben wird, in der schließlichen polnischen Zone die Änderungen einzuführen, die Deutschland auf seinem Gebiete zu treffen für gut befinden wird. Inbetracht der Bestimmungen des Artikels 236 des Friedensvertrages werden diese beiden Länder alle Rechte, besonders die Konzessionen und Privilegien, die vor der Teilung von Privatpersonen, Gesellschaften oder anderen juristischen Personen erworben wurden, auf dem ihnen zugewiesenen Gebiete anerkennen und achten. Polen verzichtet auf die Dauer von 15 Jahren auf die Vorteile aus den Artikeln 92 und 297 betreffend Entgeltung von industriellen Anlagen, Bergwerken oder Lagerungen, außer, wenn nach Ansicht der gemischten Kommission die Entgeltung für die Aufrechterhaltung des Betriebes unumgänglich notwendig ist. Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und polnischen Regierung, die sich während des Zeitraumes von 15 Jahren über eine gesetzgeberische Maßnahme der beiden Länder ergeben, die den Betrieb von Gesellschaften oder industriellen und Handels-Unternehmungen betrifft und in unbilliger Weise die Freiheit dieser Gesellschaften und Unternehmungen in Bezug auf die Nationalität ihres Personals, ihrer Administratoren oder ihrer Kapitalien beeinträchtigt, können von der interessierten Regierung dem Völkerbundsrat übergeben werden, dessen Entscheidung beide Regierungen anzunehmen sich verpflichten. Beide Länder können auf Grund des gemeinsamen Abkommens alle Uebergangsbestimmungen ändern oder beseitigen.

Der Vertrag über den Schutz der Minderheiten, der am 28. Juni 1919 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem britischen Reich, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits abgeschlossen wurde, findet Anwendung auf den Teil Oberösterreichs, der endgültig Polen zuerkannt wurde. Die Billigkeit, ebenso wie die Aufrechterhaltung der Wirtschaft in Oberösterreich erfordert, daß die deutsche Regierung verpflichtet wird, mindestens für die Uebergangszeit von 15 Jahren, vom Zeitpunkt der endgültigen Zuteilung des Gebietes an gerechnet, die Bestimmungen der Artikel 1, 2, 7, 8, 9 (Abs. 1 und 2), 10, 11 und 12 des genannten Vertrags anzunehmen, soweit es sich nicht um den Teil Oberösterreichs handelt, der endgültig Deutschland zuerkannt wurde. Die Bestimmungen des Abkommens, das zwischen der deutschen und polnischen Regierung geschlossen wird, um die oben zum Ausbruch gebrachten Grundfälle in die Tat umzusetzen, begründen sowohl für Deutschland als auch für Polen Verpflichtungen von internationaler Tragweite und werden daher in derselben Weise wie die Bestimmungen des Vertrages vom 28. Juni 1919 unter Garantie des Völkerbundes gestellt. Jede Einzelheit oder Gesamtheit der Bestimmungen dieses Abkommens

steht ihren Wohnsitz haben. Diese Regierung ist verpflichtet, die Eingabe mit oder ohne Stellungnahme dem Völkerbundsrat zur Prüfung zu überlegen.

Unser Verlust an Bodenschätzen.

Im „Vorwärts“ errechnete ein bergmännischer Sachverständiger unter Zugrundelegung der Kohlenförderung im Jahre 1913 in Oberösterreich, daß nach der Genf-Pariser Entscheidung Polen viermal soviel Kohlen bekommt, als Deutschland verbleiben. Von dem gesamten Kohlenvorkommen in Oberösterreich, das bis zu einer Tiefe von 1200 Meter 112½ Milliarden Tonnen beträgt, bleiben nur ungefähr 5-5½ Milliarden im deutschen Besitz. Da Deutschland in Oberösterreich Zink- und Bleigruben verliert, büßt es somit fast drei Viertel seiner gesamten Zinkproduktion und die Hälfte seiner Bleierzförderung ein.

Die Reparationskommission für das Wiesbadener Abkommen.

Rechtsfragen sollen noch nachgeprüft werden.

Die Reparationskommission hat die Prüfung des Wiesbadener Abkommens vollendet und in der gestrigen Vollsitzung die zu erzielende Antwort festgestellt. Die Kommission erklärt sich vollkommen einverstanden mit den allgemeinen Grundrissen des Abkommens, nach denen Vereinbarungen vorgeschlagen werden, in denen bestimmt wird, daß Deutschland den größtmöglichen Teil seiner Reparationsverpflichtungen in Form von Sachlieferungen zahlen darf, zum Zweck des rascheren Wiederaufbaues. Die Reparationskommission glaubt, daß das Abkommen gewisse Abweichungen von den Bestimmungen des Teiles 8 des Friedensvertrages von Versailles, namentlich aber von Artikel 231 und den §§ 12 und 19 des Anhangs 2 und des § 5 des Anhangs 4 enthalte. Da die Reparationskommission nicht zuständig sei, derartige Abänderungen vorzunehmen, hat sie beschlossen, die Frage an die Regierungen weiterzugeben, die in der Reparationskommission vertreten sind und hat ihnen zu diesem Zweck eine Abschrift des Wiesbadener Abkommens zugestellt mit dem Ersuchen einer günstigen Prüfung. Die Reparationskommission empfiehlt unter Vorbehalt etwaiger Garantien, die die Alliierten evtl. verlangen könnten, um ihre Interessen sicherzustellen, daß Frankreich vernünftige Erleichterungen gewährt werden, damit die Zahlungen der Zulage- und Sachlieferungen hinausgeschoben werden können. Die Reparationskommission erklärt sich auch zuständig, über die 26 prozentige Abgabe von Sachlieferungen zu entscheiden. Sie wird darüber später ihre Entscheidung treffen.

Loucheur ist gestern vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erschienen, um Auskunft über das Wiesbadener Abkommen zu geben.

Aus Berlin wird gemeldet:

Im Reichsministerium für den Wiederaufbau fand heute eine Sitzung des Beirates für Wiedergutmachung statt. Anstelle des dienstlich verhinderten Reichsministers Dr. Rathenau gab Staatssekretär Dr. ing. Müller einen ausführlichen Ueberblick über die Wiesbadener Protokolle, die Gründe, die zu dem Abkommen geführt haben, über das Zustandekommen des Abkommens und über dessen wesentliche Bestimmungen, worauf Ministerialrat Gunge über die einzelnen Punkte der Haupt- und Nebenabkommen berichtete. Einige Unklarheiten, die von Beiratmitgliedern zur Sprache gebracht wurden, konnten in der Diskussion durch Aufklärung der Regierungsvertreter behoben werden. Der Beirat erkannte in überwiesender Mehrheit an, daß das Abkommen einen Fortschritt auf dem Gebiet der Reparation bedeute und bei billiger Berücksichtigung aller Verhältnisse den deutschen Interessen zuträglich sei.

Um die Preußenregierung.

Im preussischen Landtag fanden am Freitag Verhandlungen über die Neubildung der Regierung in Preußen statt. Die Zusammenkunft der Parteien verlief jedoch ergebnislos, da die Bürgerlichen keinerlei ernsthafte Neigung zeigten, eine Grundlage für die breite Koalition zu finden, sondern erklärten, zunächst die Gestaltung der Verhältnisse im Reich abwarten zu wollen.

Valuta und Londonreise der Reichsbankpräsidenten.

Am Berliner Devisenmarkt machte sich gestern nur eine geringe Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln bemerkbar. Der Dollarkurs ging von 161 bei Beginn auf 158 im weiteren Verlauf zurück und hielt sich bis zum Schluß ungefähr auf dieser Höhe. Man erwartet in Brüssel keinen sehr lebhaften Markt, die mit der Reise des Reichsbankpräsidenten nach London im Zusammenhang stehen. Man vermutet, daß es sich darum handelt, bei der britischen Regierung wegen der vorhergehenden wirtschaftlichen Wirkung der Zurückhaltung Oberösterreichs vorstellig zu werden, während nach einer anderen Ansicht die Regierung eine Antizipation bei gleichzeitiger Verständigung der deutschen Reichsbank aufnehmen will. Bestimmte Angaben hierüber sind vorläufig noch nicht zu erlangen.

Der Berliner amerikanische Botschafterposten.

Die New-Yorker Blätter halten die Ernennung des Kongressmitglieds Houghton zum Berliner Botschafter für überaus glücklich. Houghton, von Beruf Glasfabrikant, hat in Berlin und Göttingen studiert und spricht fließend deutsch.

Kohlenversorgung.
Es können in der Zeit vom 22.-24. Oktober ihre Kohlenmengen abholen die Besitzer der Nummern:
1501-1800 aus dem Kohlengeschäft Baumgart
4701-4800 : : : : : Handhülle
6201-6300 : : : : : Dr. Scholz, Breslauer Str.
7001-7100 : : : : : Seidel
8101-8200 : : : : : Triller
8851-8900 : : : : : Gern
9151-9200 : : : : : Dr. Scholz, Reiter Straße.
Am 23. Oktober verlieren die Abnehmer ihre Gültigkeit.
Brieg, den 21. Oktober 1921.
Ortskohlenstelle für den Stadtbreis Brieg.

Literarische Morgenfeier
im kleinen Saale des Schauspielhauses
vormittags 11 Uhr.
Sonntag, den 23. Oktober 1921:
Vortrag: „Strindberg, Der Mensch und Dichter“
Dr. W. Reimann
Szenen aus „Fräulein Julie“
Erich Paul, Grete Stockhausen.
Sonntag, den 30. Oktober 1921:
Sitzberg: „Nach Damaskus“.
1594
Karten im Zigarrogeschäft von Fabis am Ring
und im Vortragssaale. Einheitspreis einschl. Steuer für
einen Sonntag 4.40 Mk., für beide 6.60 Mk.

Vergnügungs-Anzeiger
für Sonntag, den 23. Oktober:
Tanzlustbarkeiten finden statt:
Schützenhaus | Schieweck
Weinberg | Briegisdorf
Villa Nova | Rempel
Wintergarten

Junkerstraße 9, 1.
eröffnet ab 22. Oktober eine eigene
Reparaturwerkstatt
für Uhren, Gold- und Silberwaren.
Rein Schönen mit bester Arbeit bei höchsten Preisen.
Um günstigen Zutritt bitten:
Georg Schubert
Annahm. 22 Jahre bei Herrn C. Lauger, Hohensteinstr.

Kronen-Café
Täglich:
Künstler-Konzert
Neue Kapelle.

Brillen und Klemmer
in allen Formen
u. in nur guter Qualität empfehlenswert
Fritz Scheibner, Optiker
BRIEG, Zellstrasse 5 1877
Lieferung auch an Krankenkassenmitglieder.

Union-Lichtspiele
Burgstraße 21.
Von Freitag bis Montag
Abend: großer Sensation- u. Abenteuerfilm
Kim, Kip u. Kop,
die Bezwinger des Todes
in 5 langen Akten. Im Begleitprogramm:
Harry als Bad-Engel.
Bei diesem Programm 30 Pl. Preis - Ausverkauf
auf allen Plätzen. 1879

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von **Georg Schmidt**
Preis nur 60 Pfg.
Bestellungen werden von der Expedition dieses
Blattes gegen eine kleine Gebühr

Spare bei Bach
Doppelte Rabattmarken
auf sämtliche Artikel (ausgenommen Fadenartikel)
Kaufhaus
Arthur Bach * Ring 30.

Stadttheater Brieg.
Sonntag, den 23. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
auf vielseitigen Wunsch:
Der Raub der Sabinerinnen.
Abends 7 1/2 Uhr
zum letzten Male:
Die Strohmütze
Sonntag, den 24. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
zum ersten Male:
Wo die Lerche singt. 1874

Stadttheater Breslau.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Margarete.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Dienstag 7 1/2 Uhr:

Schauspielhaus.
Operntheater, Tel. Ring 345.
Sonntag, Sonntag,
Dienstag, Mittwoch, Freitag
7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus
Der Opernhall
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Schauspielhaus
Die Fleckwand.
Mittwoch und Donnerstag
7 1/2 Uhr:
Das Hallenweibchen
Sonntag, den 23. 10.,
7 1/2 Uhr:
Sam. 1. Male:
Wenn Liebe erweist.

Wetzbatterie
(erschöpfungslos)
aus Stahl und in
verschiedenen
Größen
allein erhältlich bei
A. Seibert,
Hilfsmittel u. Expedit.

Kienboing - Essenz
extra stark, 1 Liter
Packung 20 Fl. 50. 54.
minimale Menge bewirkt
Verwandlung in
Neuform.

Otto Ramm
Pauze 1. Sechsen 14
Chem.-pharmaz. Laborat.

Stramen!
mehren sich bei
Eintropfen an
E. Mack, Seidenwaren
Hirschberg i. Schl.
32. August, 11. St.

Männer-Gesang-Verein „Vorwärts“
Zu dem am Sonnabend, den 22. Oktober 1921
im „Wintergarten“ stattfindenden
21. Stiftungsfest
unter gütiger Mitwirkung des Frauen- und Mädchen-Chors
„Edelweiß“ bestehend in Gesangsvorträgen, Reigen,
Berufung und Tanz erlauben wir uns alle Freunde und
Gönner des Vereins ganz ergebenst einzuladen. 1870
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Flatow: Kommentar
zum Betriebsrätegesetz
über Wahlprüfung und den Ausübungsbefugnisse
von Betriebsräten, Gewerkschaften, Arbeiterparlamenten
Preis: Gebunden 13.00 Mk.
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Erfinder
Die Industrie sucht
Ideen u. Erfindungen.
Erhalten Anregung zum
Erfinden in unserer
Broschüre kostenlos.
Papier & Kalk, Breslau 5
4421
Waldoldebeerjaff
Chem. Fabrik, Breslau X,
4408
Reichsbroschüre 3.

Ohlau
Erstes und größtes Breslauer
Schuhwarenhaus.
Nur reelle Ware, zu
billigsten
Preisen.
Robert Scholz, Ohlau
Ring 44, Telefon 211

moderne Werkzeuge
beste Qualität
empfiehlt in
groß. Auswahl
preiswert
Josef Jaletzke
Tel.: Korbert v. Pischowski
Ohlau, nur Ring 33. 1759

Möbel
Herren-Bekleidung - Schuhwaren
Karl Kreusel Söhne
Gegr. 1824 Ohlau Feinruf II

Schloßplatz 17, 1
Sprechzeit:
Dr. Fuchs vorm. 8-10 Uhr,
nachm. 4-4 1/2 Uhr nur nach Voranmeld.
Dr. Wendorf vorm. 8-10 Uhr,
nachm. 2-4 Uhr. 1873
Wir bitten dringend, Besuche vormittags anzumelden.
Dr. med. Dr. med.
Heinz Fuchs Otto Wendorf
Telefon: Ohlau Nr. 239.

Zigarren
eigener Fabrikation in allen Preislagen, größte Aus-
wahl von Zigarren, gute Rauch- und Kau-
tabake empfiehlt 1802
Carl Woltscheck, Oderstr. 47.

Rohfleischerei
Julius Laugwitz
Ohlau, Alter Schloßplatz 8
empfiehlt stets frische Ware.
Ständiger Einlauf von Schlachtpferden
zu den höchsten Preisen. 1834
Elektrischer Betrieb. Telefon 195.

Revolutionsfeier
1921
Für die bevorstehende Revolutionsfeier
sowie für alle anderen Festlichkeiten
übernehmen wir den Druck von
Plakaten & Einlaßkarten
in ein- und mehrfarbiger, geschmack-
voller Ausführung bei billiger Be-
rechnung und schnellster Lieferzeit
Volkswacht
Buchdruckerei, Breslau 2
Furstraße 4/6

Strehlen
Beantragung von Wandergewerbe-
scheinen für das Jahr 1922.
Alle diejenigen Personen, welche beschäftigten, für das
Kalenderjahr 1922 einen Wandergewerbebescheinigung zu bean-
tragen, werden hiermit aufgefordert, ihren Antrag auf Er-
teilung eines Wandergewerbebescheines baldigst, spätestens
aber bis zum 5. November d. J. im hiesigen Polizeibüro
- Rathaus Zimmer 3 - zu stellen, da sonst ein
jeder Gewerbebetreiber bei späterer Beantragung des
Scheines die Schuld auf selbst beizumessen hat, wenn er zu
Beginn des neuen Kalenderjahres nicht in den Besitz des
neuen Scheines gelangt ist.
Gleichzeitig machen wir auch bekannt, daß, wie in ver-
gangenen Jahren auch dieses Jahr die Photographie des
Scheinhabers vorgelegt werden muß. Die Photo-
graphie muß Wirtensform haben und darf nicht auf-
gezogen sein. Dieselbe muß ferner deutlich und gut er-
kennbar sein, eine Kopfgöße von mindestens 1,5 cm haben
und darf nicht älter als 3 Jahre sein. Scheinhaber erwünscht
ist es, daß die Photographie auf mattem und nicht auf
Glaspapier hergestellt ist.
Diejenigen Personen, welche beschäftigten, Begleiter
oder Gewerbegehilfen mitzuführen, haben gemäß § 461 der
Reichsgewerbeordnung bei der Beantragung des Scheines
eine Bescheinigung der Krankenkasse über die Entrichtung
der Krankenkassenbeiträge für das Jahr 1922 vorzulegen.
Ebenso muß aus der Bescheinigung
a) der Grundlohn,
b) der Rechenbeitrag für den Beschäftigten,
c) die Lohn- bzw. Allgemeine Ortskrankenkasse,
erhöhtlich sein.
Ausländer, die einen Wandergewerbebescheinigung beantragen,
haben sowohl für ihre Person als auch für etwaige Be-
gleiter den ablaufenden Gewerbebescheinigen, den nöthig-
mäßigen gültigen Reisepaß und ein Stimmzettel des
Heimatsortes vorzulegen.
Strehlen, den 19. Oktober 1921.
Die Polizei-Verwaltung.

Orthopädisch. Korsetts
Bruchbänder :: Leibbinden
Gummistrümpfe, Plattfußbinden
Künstliche Glieder
keine Kontraktion, garantiert ganz fit.
Joh. Rein, Bandagist,

Kreis Brieg.

Sozialdemokratischer Verein.

Wittwoch den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Wintergarten. Auf der Tagesordnung stehen: Der Bericht von der Kreisversammlung, die Vorlegung der Abrechnung vom 3. Vierteljahr und ein Vortrag des Genossen Brethorst.

Finanzgrundlage der Gemeinden.

Die Beratungen der Spitzenorganisationen deutscher Städte und Landgemeinden, die Reichs-, Staats- und Provinzialräte der Städte, beschäftigen sich seit längerem in ausgedehntem Maße mit den Einnahmequellen, die den Gemeinden für ihre Bedürfnisse weiterhin zur Verfügung stehen. Ein großer Teil der Einnahmequellen wurde den Gemeinden vom Staate abgenommen und die Gemeindevorkaufungen auf die Suche nach neuen Steuern verwiesen.

Die Steuer soll jährlich 4 vom Tausend betragen und als Wert gilt bei dem Grundvermögen, das dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dient, das Dreifache, bei dem Grundvermögen, das sonstigen Zwecken dient, das 1 1/2fache des Wertes, der für die Veranlagung zu der Ergänzungssteuer im Veranlagungsabsatz 1917 festgelegt wurde.

Die Begründung des Gesetzesentwurfes gibt zu, daß den Gemeinden durch den Eingriff des Staates in die bisherige Steuerhoheit der Kommunen Schaden zugefügt wird, und macht den Kommunen den Vorschlag, beim Ministerium die Ueberlassung neuer Steuerobjekte, zum Beispiel Lauben, Enten, Gänse, Schußwaffen, Pariser Roden, Sadereisen usw., zu beantragen.

Küchlein.

Ein Parteigenosse schreibt: Durch das Entgegenkommen einiger Heidelberger und Rannheimer Parteigenossen war es mir möglich, das Oppauer Unglücksterren, etwa 8 Tage nach der Explosion, zu besichtigen.

Aus den Unterhaltungen der vielen Neugierigen, die durch ein strenges Wächterkommando der Franzosen zurückgehalten werden, kam man auch hier wieder alles mögliche und unmögliche heraus. Die Ursachen des Unglücks werden kaum jemals aufgeklärt werden können.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf den Appell des Gewerkschaftsrates hinweisen und die organisierte Arbeiterkraft bitten, jeder nach seinen Kräften, beizutragen, um wenigstens über die schwere materielle Not den Geschädigten hinwegzuhelfen.

Ein Unglück, wenn auch nicht in dem Sinne wie das Oppauer, ist für die Sozialdemokratie Berlins der Ausfall der Stadtverordnetenwahlen. Die kommunalistischen Ereignisse und die bisherige Unfähigkeit unserer unabhängigen Genossen haben die Niederlage gezeitigt.

Da wir uns gerade mit Politik beschäftigen, freuen wir uns, und das werden wohl auch unsere politischen Gegner zugeben müssen, daß die Interpellation über den Lebensmittelwucher in der letzten Stadtverordnetenversammlung sozialpolitisch auf der Höhe stand.

Der „Frische vom Sperlingsberg“ von der „Brieger Zeitung“ hinter dem sich eine uns allen bekannte Persönlichkeit verbirgt, glaubt durch ein satirisch sein solches Geschreibsel unsern Bürgermeistern Bauer ein auszuweichen zu können.

In der „Brieger Zeitung“ vom 19. Oktober gibt ein Inserat der Waren-Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Gastwirte von Brieg und Umgegend (ein kürzlich länger Name) Veranlassung zu Betrachtungen.

Wenn der Vorstehende der Genossenschaft im vorerwähnten Sinne gegen die Monopolverwaltung kämpft, dann könnte man dagegen nichts einwenden. Er spricht aber in seiner Einladung vom politischen und wirtschaftlichen Ruin in Verbindung mit dem Gastwirtsgerwebe, das sich vor dem ähnlichen Ruin schützen muß.

Wir kennen keine notleidenden Gastwirte. Das Gegenteil ist der Fall. Im Gastwirtsgerwebe ist in den letzten Jahren eine Gesundung eingetreten, wie nie zuvor. Man sehe sich doch einmal die Preissteigerungen der Grundstücke mit Gastwirtsgerwebe an und die enormen Gewinne, die die Verkäufer einstecken.

Erhöht der Brauer, Destillateur und sonstige Lieferant die Preise, dann folgt der Gastwirt, nicht gerade immer in bescheidenen Grenzen. Uns kann man wahrhaftig nicht nachsagen, daß wir Feinde des Gastwirtsgerwebes wären, wir schüßen diesen Stand wie jeden anderen, lassen uns aber von Leuten, die von diesem Gerwebe nichts verstehen, keinen Rohl vormachen.

Am vorigen Mittwoch war auf dem Brieger Wochenmarkt auch nicht ein Hund Kartoffeln zu kaufen. Nach untern Feststellungen verlangen die Produzenten, nicht etwa die Händler, 75 Mark für den Zentner. Unter diesen Umständen lehnen die Kleinhändler mit vollem Recht den Weiterverkauf ab.

Ueber die Not der Rentenbesitzer wird viel geschrieben und gesprochen. Langsam und zögernd wird durch die gelegentlichen Körperkriegen der Notlage, wenn auch ungenügend, Rechnung getragen.

Ueber die Not der Rentenbesitzer wird viel geschrieben und gesprochen. Langsam und zögernd wird durch die gelegentlichen Körperkriegen der Notlage, wenn auch ungenügend, Rechnung getragen.

Ueber die Not der Rentenbesitzer wird viel geschrieben und gesprochen. Langsam und zögernd wird durch die gelegentlichen Körperkriegen der Notlage, wenn auch ungenügend, Rechnung getragen.

wurde, geschah es durch teilweise Streichung von Rechten auf Grund von bist... Landesgesetzen. Selbst die Richter, die in solchen Fragen recht sprechen müssen, erkennen an, daß das Gesetz hart ist und dringend der Reform bedarf.

Schöffengericht.

Wegen Betruges hatte sich die Arbeiterin Gertrud Si. aus Johnsdorf, Kreis Brieg, zu verantworten. Ihr wird zur Last gelegt, die verwitwete Frau Förster Gröbel aus Brieg um 85 Mark geschädigt zu haben.

Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 300 Mark, wegen Verleitung der hiesigen Polizeibeamten, hatte der Priester Frz. M. von hier, richterlichen Bescheid angerufen. Die Straftat wurde in einem anonymen Schreiben an die Polizeibehörde erblindet.

Der Kirchschlichter Walter L. von hier wird bestraft, im Mai und Juni d. J. durch Einbruch dem Architekten Ueberhäuser aus Brieg Bretter entwendet und diese zum Bau seiner Kirchhube verwendet zu haben.

Verhandelt wurde in Abwesenheit der Angeklagten gegen die ehemaligen Reichswehrsoldaten G. und H. vom Schützenregiment 5 in Brieg, denen zur Last gelegt wurde, militärisches Eigentum entwendet zu haben.

Armes, altes Mütterchen, ob Du zum letzten Male Strafrichter standest? — Ich glaube es nicht! Auch Du hast an dem bishigen Leben und Hunger tut weh.

Armes, altes Mütterchen, ob Du zum letzten Male Strafrichter standest? — Ich glaube es nicht! Auch Du hast an dem bishigen Leben und Hunger tut weh.

Armes, altes Mütterchen, ob Du zum letzten Male Strafrichter standest? — Ich glaube es nicht! Auch Du hast an dem bishigen Leben und Hunger tut weh.

Armes, altes Mütterchen, ob Du zum letzten Male Strafrichter standest? — Ich glaube es nicht! Auch Du hast an dem bishigen Leben und Hunger tut weh.

Armes, altes Mütterchen, ob Du zum letzten Male Strafrichter standest? — Ich glaube es nicht! Auch Du hast an dem bishigen Leben und Hunger tut weh.

Armes, altes Mütterchen, ob Du zum letzten Male Strafrichter standest? — Ich glaube es nicht! Auch Du hast an dem bishigen Leben und Hunger tut weh.

Ausstellung von Bescheinigungen über die Kriegsdienstzeit. Die Anrechnung der Kriegsdienstzeit wird in der Angehörigenversicherung... Der Angehörige leidet nicht die Militärpapiere an die Reichsversicherungsanstalt ein, sondern läßt sich auf dem ihm über-

Die schlesischen Naturdenkmäler. Der Schlesische Bund für Heimatschutz hat durch die verdienstvolle Mitarbeit des Herrn Prof. Dr. Theodor Schube ein umfassendes Verzeichnis der schlesischen Naturdenkmäler...

Erweiterte Telegrammabrechnung. Die Telegrammabrechnung für Telegramme nach Ägypten, Afrika, Ostindien, Australien, Asien, Südamerika, Belgien, Holland, Italien, Spanien, sowie Ostasien via Sibirien und via Imperial Pacific werden um 10 Mark ermäßigt.

Wahrspruch. Ein Jahreshändler hat jetzt nicht in Krieg und Ungegend sein eigenartiges Wesen. Er wagt Geld, was er kriegt, und verleiht es. Er geht mit Zahnbange und einem verächtlichen Mittel in einen Nachbarn...

Strobes Unfug verübten in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag eine Anzahl junger Pariser. Der Schwärzen des Photographen Daxler am Bergel wurde herabgeschleudert und auf die Straße geworfen.

Spieldienste des Stadttheaters. Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr: Raub der Sabinenmutter; abends 7 1/2 Uhr: Die Streitmühle. Montag: Wo die Perle liegt. Dienstag: Samson - Das Postamt. Donnerstag: Wo die Perle liegt. Freitag: Moral.

Offene Kasse. Am Sonntag, den 22. Oktober, ist die Bismarckkasse geöffnet. Diese übernimmt auch den Rechnungsbuch in der kommenden Woche.

Preis Orlau. Scharfmacher. Das Organ des Bundes der deutschen Arbeitgeberverbände, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, habein; damit anzugeben die Arbeiterzeitung fortgesetzt zu assoziieren. Dies unüberwindliche Neugierde verleiht es die Schlichter des Kapitals, die den Redaktionsstab der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ bilden, ihre Gelegenheit an den Haaren herbeizuführen, um die Arbeiterzeitung zu verleugnen und zu bezwecken.

Die Lebenshaltung der Unternehmerklasse ist durch die ungeheuren Gewinne der Industrie über den Stand in der Vorkriegszeit bedeutend hinausgegangen, während die Lebenshaltung der Arbeiter bedeutend verschlechtert wurde. Selbst wenn ein Arbeiter 500 Mk. Wochenlohn verdiente, (die meisten müssen sich mit einem Drittel begnügen), würden sie doch nicht so leben können, wie in der Vorkriegszeit.

Die „Arbeitgeberzeitung“ verrät durch ihre Auslassung, wie man in den Kreisen der Arbeitgeber denkt und daß man den Arbeiter zuhause und rücksichtslos gegenübersteht. Um diesen Scharfmachern zu begegnen, muß sich die Arbeiterzeitung noch besser zusammenschließen und so der „Arbeitgeberzeitung“ und ihren Hintermännern die rechte Antwort auf ihre Frechheit erteilen.

Sozialdemokratischer Verein.

Genossin K. u. Sch. eröffnete die Mitgliederversammlung mit vier Tagesordnungspunkten und begrüßte die anwesenden Genossinnen und Genossen. Genossin Kogoll gab die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Mitgliederzahl ist in diesem Quartal erheblich gestiegen. 151 Neueintritte sind zu verzeichnen, darunter sind aber sehr wenig Genossinnen, und hier gibt es noch ein großes Feld Arbeit. Den Bericht über die 19 aufgeführten Grobverordnungen gab Gen. K. u. Sch. an. Anschließend hielt Genossin Kogoll einen Vortrag über die Stellung und die Notlage der Wohnungslosen und wie letztere am besten gefördert werden kann.

Genossin K. u. Sch. sprach über die Notlage der Wohnungslosen und wie letztere am besten gefördert werden kann. In diesem Vortrag wurde der Vorstand und seine geschäftlichen Angelegenheiten übergeben. Weiter gab der Vorstand die am Montag, den 24. d. Mts., stattfindende Monatsversammlung bekannt und ersuchte die Mitglieder alle Frauen und Mädchen in ihren Arbeitsstätten auf die Wichtigkeit der Beteiligung aufmerksam zu machen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hatte im Hauptauschuss einen Antrag eingebracht, der das Wohnungsrecht der Landarbeiter gegen die Willkür der Grundbesitzer sichern sollte. Für den Antrag stimmten nur die drei sozialistischen Parteien und die Demokraten; die anderen bürgerlichen Parteien stimmten ihm nicht zu.

Preis Nimptsch. Nur der Mensch.

Der Mensch ist der Mittelpunkt der Welt, die Krone der Schöpfung, der Maßstab, an dem alles Tun und Lassen gemessen werden muß. Der Mensch ist in dem anderen Menschen ein Spiegelbild. Das ist die Wahrheit, die man nicht verleugnen darf, denn alle sind verbunden durch die Liebe, die den Menschen mit allen Menschen verbindet. Es ist das Geheimnis, das die Welt regiert, das die Welt zusammenhält. Es ist die Liebe, die die Welt erluchtet, die die Welt befeuchtet. Es ist die Liebe, die die Welt befruchtet, die die Welt befruchtet. Es ist die Liebe, die die Welt befruchtet, die die Welt befruchtet.

Zur Kartoffelversorgung.

Uns wird geschrieben: In der am Montag stattgefundenen Sitzung auf dem Landratsamt, an der eine Anzahl Großgrundbesitzer des Kreises, sowie ein Vertreter des Landbundes aus Breslau teilnahmen, wurde besonders auf die diesjährige, schlechte Kartoffelernte, durch die beträchtlich alle Arbeitskräfte beim Einbringen der Rüben beschädigt wurden, die zugelegte, 1600 Zentner reichen für eine allgemeine Verteilung keineswegs aus und sollen nur an Kleinrentner, Kriegsverletzte und Beschädigte zum verbilligten Preise von 36 Mark pro Zentner abgegeben werden. An vollbeschäftigten Personen sollen verbilligte Kartoffeln in diesem Jahre nicht abgegeben werden. Bereit sei die Landwirtschaft, Kartoffeln 5 Mark unter Tagespreis an Kreisangehörige abzugeben, vorausgesetzt, daß sich der Kreis, die Stadt und Industrie an einer weiteren Verbilligung beteilige.

Der Landrat wies auf die ungünstige Lage der Beamten- und Arbeiter hin und trat der Auffassung, daß in der Steinindustrie sehr hohe Löhne gezahlt werden, mit einigen statistischen Zahlen entgegen. Während sich die Preise für Milch, Butter, Kartoffeln und sonstigen Erzeugnissen der Landwirtschaft dem Vorjahre gegenüber, mehr als verdoppelt hätten, seien die Löhne und Gehälter im Verhältnis zu der Preissteigerung, auch nicht annähernd so hoch gestiegen.

Es wurde beschlossen, in einer erneuten Sitzung zu der ganzen Frage noch einmal Stellung zu nehmen. Sobald die Rübenerente vorüber sei, würden wieder mehr Kartoffeln auf den Markt kommen; gegenwärtig fehle nämlich die Zeit zum Verleihen der Kartoffeln und unverteilte Kartoffeln verurteilen meistens Verderb und Mangel.

Als greifbares Ergebnis der Verhandlungen gilt die Zusage, mit der Anlieferung der zugelegten, verbilligten Kartoffeln sofort zu beginnen. Tatsächlich sind auch schon einige Fuhrn geliefert worden. Hoffentlich gelingt es, noch eine Vereinbarung zu treffen, die es der kreiseingeleiteten Bevölkerung ermöglicht, die notwendigen Winterkartoffeln zu einem einigermaßen erschwinglichen Preise zu erhalten. Das Landratsamt ist zu jeder weiteren Vermittlung gern bereit.

Ausnahmegegesetz gegen die Landarbeiter.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hatte im Hauptauschuss einen Antrag eingebracht, der das Wohnungsrecht der Landarbeiter gegen die Willkür der Grundbesitzer sichern sollte. Für den Antrag stimmten nur die drei sozialistischen Parteien und die Demokraten; die anderen bürgerlichen Parteien stimmten ihm nicht zu. Die sozialdemokratische Fraktion hatte ferner beantragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, bei den Gewerbebehörden landwirtschaftliche Spruchämter einzurichten. Auch dieser Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Im Umwege soll das Streikrecht der Landarbeiter abgeschafft werden. Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages ist dabei, ein neues Ausnahmerecht zu schaffen. Mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde folgender Antrag held und Genossen angenommen: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß (unter Berücksichtigung des geltend gemachten Koalitionsrechts) alle Streiks in der Landwirtschaft, welche die Herstellung und Einbringung der Ernte oder die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für die Verbraucher behindern (nach Maßgabe) verhindert werden.“

Das den Landarbeitern durch die Verfassung gesetzlich garantierte Koalitionsrecht mit allen Zugehörigkeiten kann ihnen die Gesetzgebung eines Landes nicht nehmen. Die Absicht der Antragsteller ist deutlich erkennbar aus dem Antrage, ohne die durch Gesetzgebung ermöglichten Zulassungen. Das Streikrecht sollte ursprünglich in aller Form beibehalten werden. Der Beschluß des Hauptauschusses ist so beschaffen, daß die im ganzen noch realistischen Verwaltungsgesetze nicht gegen die Landarbeiter angewendet würden, wie es die Antragsteller beabsichtigen, wenn eine Verordnung in dem Sinne erlassen würde. Das Staatsministerium in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung dürfte ohne Zweifel dem Beschluß des Hauptauschusses beistimmen und ebenso auch das Plenum des Preussischen Landtages. Der Beschluß steht aber offenbar im Widerspruch mit der Verfassung des Reiches, daher kann die Entscheidung des Hauptauschusses nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sein.

Preis Münsterberg. Land für Kleinbauern.

In der Zeit vom 11. bis 14. Oktober d. J. wurden durch Vermittlung der Kreislandtagsgesellschaft Münsterberg vom Kulturanwalter Herr Reg.-Rat Dr. Hillebrandt in Orlau folgende Verträge über Stetland abgefaßt: 1. In Orlau 3 Güter von zusammen rund 180 Morgen, pro Morgen 1100 Mk. ohne Inventar und ohne Ernte, aber mit Gebäuden. 2. Obendörfl von der Kreislandtagsgesellschaft Münsterberg veräußert. Abnehmendes Land zur nächsten Verteilung an Anlieger oder Verteilung zu den drei Gütern, zusammen rund 80 Morgen. 3. Kolonie Orlau bei Teplowitz zum Kauf an Anlieger 120 Morgen, pro Morgen 1400 Mk. 11 Morgen sollen dabei wieder bebaubar werden, da sie am eine Sandgrube liegen. 4. In Orlau 3 Güter von zusammen rund 150 Morgen, pro Morgen 1200 Mk. ohne Inventar und ohne Ernte, aber mit Gebäuden. 5. In Orlau 3 Güter von zusammen rund 150 Morgen, pro Morgen 1200 Mk. ohne Inventar und ohne Ernte, aber mit Gebäuden. 6. In Orlau 3 Güter von zusammen rund 150 Morgen, pro Morgen 1200 Mk. ohne Inventar und ohne Ernte, aber mit Gebäuden.

